

QUARTALSBERICHT

Projektland: Rumänien

Quartal/Jahr: IV/2011

SCHLAGZEILEN

1. PSD schickt Senatschef Geoana in die Wüste
2. Vasile Blaga zum neuen Senatschef gewählt
3. Freispruch für ehemaligen Ministerpräsidenten, Adrian Nastase
4. PD-L wegen Klausenburger Korruptionsfall in Panik
5. Simultaner Wahltermin für Kommunal- und Parlamentswahlen

Senatschef Mircea Geoana wurde von den Sozialdemokraten (PSD) aus der Partei ausgeschlossen. Mircea Geoana war bei den letzten Präsidentenwahlen noch als Kandidat seiner Partei angetreten und verlor nur äußerst knapp gegen den jetzigen Amtsinhaber Basescu. Mit seiner nachfolgenden Abwahl als Parteivorsitzender der PSD begann sein Niedergang. Sein Nachfolger, Victor Ponta, versucht mit allen Mitteln Geoanas Stellung in der Partei zu untergraben. Dies ist ihm jetzt gelungen. Der Grund für den Ausschluss ist nicht ganz klar. Geoana wird vorgeworfen, er habe sich bei einer Reise in die USA als Oppositionsführer und Parteivorsitzender ausgegeben. Andere Quellen berichten auch, Ponta habe gedroht, entweder Geoana „wird gegangen“ oder er trete vom Parteivorsitz zurück. Insgesamt geriet das Ausschlussverfahren zur Farce. Geoana hatte keine Gelegenheit zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Der Disziplinarausschuss wartete das Erscheinen Geoanas erst gar nicht ab und beschloss bereits eine Stunde vor dem vereinbarten Anhörungstermin seinen Rauschmiss. Zu den vermeintlichen Verstößen Geoanas gegen die Parteidisziplin wollte sich der Ausschussvorsitzende Sova allerdings nicht äußern. Nach seinem Rauswurf gab sich Geoana zunächst kämpferisch. Er kündigte an, eine neue Partei zu gründen und 2014 nochmals als Präsidentschaftskandidat anzutreten.

Doch der Parteiausschluss allein reichte der PSD noch nicht. Sie entzogen Mircea Geoana auch die Unterstützung in seinem Amt als Senatspräsident. Damit war ein neuer Senatspräsident zu wählen. Die Sozialdemokraten wähten sich sicher, über eine ausreichende Mehrheit für ihren Kandidaten

zu verfügen. Umso größer war die Enttäuschung, als sich dann mit dem ehemaligen Innenminister, Vasile Blaga, der Kandidat der Liberaldemokraten durchsetzte. Der Versuch der PSD, die Wahl Blagas beim Verfassungsgericht anzufechten, scheiterte. So hält nun die demokratisch liberale Partei die ersten vier Staatsämter, Präsident, Senatsvorsitzender, Parlamentspräsidentin und Ministerpräsident.

Die Parlaments- und Kommunalwahlen werfen bereits, zumindest bei der Opposition, ihren Schatten voraus. Der Ton des Vorsitzenden der PSD wird rauer. So droht er bereits jetzt, die Wahlen zu gewinnen und dann die jetzigen Amtsinhaber ins Gefängnis zu bringen. Weiter will Ponta nach einem Wahlsieg das Verfassungsgericht, das er als Anhängsel der Basescu-Diktatur bezeichnet, auflösen. Überhaupt gibt sich das Oppositionsbündnis Sozialliberale Union (USL) kämpferisch. Dem Ungarnverband hat man bereits mitgeteilt, dass er in einem neuen Regierungsbündnis nicht mehr erwünscht ist. Zusätzlich will man, sobald sich der richtige Zeitpunkt ergibt, 5,2 Millionen Unterschriften für Basescus Amtsenthebung sammeln. Die Opposition sträubt sich auch mit Händen und Füßen gegen eine Zusammenlegung von Kommunal- und Parlamentswahlen im Jahr 2012. Doch auch hier ist die Opposition gescheitert. Ihr Misstrauensantrag im Parlament zu den Wahlen ist gescheitert und beide Wahlen werden nun gemeinsam voraussichtlich im November 2012 durchgeführt.

Der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident, Adrian Nastase, wurde jetzt in einem der drei gegen ihn anhängigen Gerichtsverfahren vorerst der Bestechung für nicht schuldig befunden und freigesprochen. Damals untersuchte das Amt für Geldwäsche eine Einzahlung von 400.000 US Dollar durch Nastases Ehefrau auf ein Bankkonto. Der Leiter der Ermittlungen informierte Nastase und legte das Verfahren bis nach den damaligen Wahlen auf Eis. Nach diesen Wahlen wurde Nastase Ministerpräsident. Die Akte mit den angeblichen Beweisen wurde dann einem engen Mitarbeiter Nastases übergeben und ist seitdem verschwunden. Laut Adrian Nastase handelte es sich bei dem Betrag von 400.000 Dollar um eine Erbschaft von seiner alten Tante. Ein entsprechender Vermögensnachweis wurde allerdings nicht erbracht. Nachdem Nastase jetzt wieder reingewaschen ist, beginnen die ersten Spekulationen über seinen politischen Neustart. Er weist zwar alle Ambitionen von sich, doch für manche ist er bereits der neue Regierungschef oder Präsident. Alle diese Gerüchte dürften den jetzigen Parteichef, Victor Ponta, nicht glücklich machen. Er müsste dann seine politischen Ambitionen zurückstellen.

Die demokratisch liberale Partei wurde weniger von inneren Querelen als von Korruptionsfällen bedroht. Wurden zuerst der Bürgermeister und auch der Präfekt Kronstadts der Korruption beschuldigt und Ermittlungen gegen sie eingeleitet, so wurde jetzt in diesem Zusammenhang auch der Staatssekretär im Arbeitsministerium gefeuert, der sich von Beamten der Arbeitsämter bestechen ließ, um sie bei den anstehenden Personalkürzungen zu ver-

schonen. Weiter erhob die Antikorruptionsstaatsanwaltschaft Anklage gegen den Staatssekretär im Gesundheitsministerium. Doch damit nicht genug. So bezichtigt die Integritätsbehörde, ANI, den stellvertretenden Chef der Steuerbehörde vom Ungarnverband der Geldwäsche. Zu guter Letzt musste dann der Ministerpräsident auch noch seine eigene Amtschefin wegen Vetternwirtschaft schassen. Ihr war die staatliche Immobilienbehörde unterstellt und sie hat ihrem Ehemann und seinen Kindern aus erster Ehe großzügig staatliche Immobilien zur Verfügung gestellt.

Das größte Problem aber für die demokratisch liberale Partei, PD-L, ist der Fall des Klausenburger Bürgermeisters, Sorin Apostu, einem langjährigen Vertrauten des jetzigen Ministerpräsidenten, Emil Boc. Apostu wird vorgeworfen, öffentliche Ausschreibungen getürkt zu haben und die Schmiergelder über die Anwaltskanzlei seiner Frau kassiert zu haben. Das Ehepaar wurde verhaftet und sitzt derzeit in Untersuchungshaft. Betroffen von den Praktiken des Bürgermeisters "Fifty-Fifty", wie Apostu genannt wurde, waren vor allem die Unternehmen: BauMax, Dedemann, OMV-Petrom und Carrefour. Doch um das Maß richtig voll zu machen, waren demokratisch Liberale nicht nur in der Stadt Klausenburg (Cluj) sondern auch im Kreis Klausenburg in Korruptionsfälle verstrickt. So hat der stellvertretende Kreisratsvorsitzende, Radu Bica, gestanden, als Mitglied der Ausschreibungskommission vertrauliche Informationen zu Ausschreibungen an Wettbewerber verkauft zu haben.

Insgesamt ist es den rumänischen Behörden bisher nicht gelungen, wie es auch der Bericht von Transparency International ausweist, die Korruption wirklich zu bekämpfen. Auch Staatschef Traian Basescu ermahnte die Regierung und seine Partei, ihre Einstellung zur Korruption schleunigst zu ändern, da sie anderweitig bei den kommenden Wahlen keine 25 % der Stimmen bekommen werden.

Sieht man von der Korruptionsproblematik ab, hat die Regierung jetzt in der Krise gute Arbeit geleistet und steht besser da als viele ihrer europäischen Partner. Die Regierung zeigte sich trotz aller Anfeindungen stabil und konnte die notwendigen Reformschritte wie Personalabbau, Rentenkürzung und Neugestaltung des Gesundheitswesens umsetzen. Jetzt zum Jahresende konnte sich die Regierung auch gegen die Opposition bei der Zusammenlegung von Kommunal- und Parlamentswahlen durchsetzen. Nur bei der Verwaltungsreform und der Umsetzung des Referendums zur Einführung des Einkammersystems gibt es noch keine tragfähigen Kompromisse.

Der Haushalt 2012 wurde noch im Dezember 2011 vor den Parlamentsferien verabschiedet. Die Regierung erwartet für 2012 ein Wirtschaftswachstum von 1,8 % bis 2,3 % sowie eine Jahresinflation von 3,5 %. Der beschlossene Sparhaushalt soll auch den Weg für die rigorose Haushaltsdisziplin, wie sie jüngst beim EU-Gipfel beschlossen wurde, bereiten. Für das kommende Jahr schätzt die Regierung Einnahmen in Höhe von rund 45 Milliarden Euro und Ausgaben von ca. 48 Milliarden Euro. Trotz der bevorstehenden Wahlen

bleibt die Regierung bei ihrem Kurs und räumt der makroökonomischen Stabilität absoluten Vorrang ein. So müssen die meisten Ministerien auch in 2012 mit herben Einschnitten rechnen. Nur wenige Ämter wie das Gesundheits- oder das Außenministerium erhalten mehr Geld. Da die Regierung verstärkt gegen Korruption vorgehen möchte, werden Behörden wie Generalstaatsanwaltschaft, Integritätsbehörde oder der oberste Magistratrat bevorzugt mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Der Sparkurs der Regierung bedeutet auch im nächsten Jahr eingefrorene Renten, Gehaltskürzungen und Personalabbau.

Eine weitere Herausforderung, der sich die rumänische Regierung noch stellen muss, ist die Privatisierung ihrer Staatsbetriebe. Da die Privatisierung von rumänischer Seite immer wieder verzögert wurde, fordert der internationale Währungsfond (IWF) nun einen genauen Fahrplan für die Privatisierung einiger Dutzend Staatsunternehmen. Angemahnt wurde auch ein Reformplan für das Gesundheitswesen. Insgesamt zeigte sich der IWF zufrieden mit Rumänien. Die Eckdaten seien im Allgemeinen sehr gut und nun gelte es im nächsten Jahr weiterhin Defizite zu drücken und Strukturreformen durchzuziehen.

Für Aufregung und Wut in Rumänien sorgte die Ankündigung Nokias den Standort Cluj zu schließen und nach Asien weiterzuziehen. Der Streit um die Abfindungen für die Angestellten und die Rückzahlung von Fördergeldern eskalierte derart, dass das Werk von den rumänischen Behörden beschlagnahmt wurde. Inzwischen ist der Streit beigelegt und Rumänien um eine Erfahrung reicher. In Cluj war Nokia zuletzt der einzige Arbeitgeber und so ist dort die Zahl der Arbeitslosen drastisch angewachsen. Ein Trost für Rumänien, wenn auch nicht für die direkt Betroffenen, es gibt noch einige Direktinvestoren, die das Land weiterhin schätzen. So wird das Unternehmen Dräxlmaier 30 Millionen Euro in seine Standorterweiterung investieren. Das russische Unternehmen TISE möchte die Aktienmehrheit beim Chemiewerk Oltchim und die Türkei hat ein strategisches Partnerschaftsabkommen über 10 Milliarden Dollar unterzeichnet.

Klaus Sollfrank

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Bukarest, Rumänien.

IMPRESSUM

Erstellt: 04.01.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de